

3. Zukunft des Zürcher Case Managements Berufsbildung

Interpellation Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Jacqueline Peter (SP, Zürich), Judith Anna Stofer (AL, Zürich) vom 19. Juni 2017

KR-Nr. 160/2017, RRB-Nr. 733/23. August 2017

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Im Kanton Zürich wird das Case Management Berufsbildung «Netz2» genannt. Das Netz2 unterstützt Jugendliche und junge Erwachsene mit einer Mehrfachproblematik dabei, eine Ausbildung abzuschliessen. Es kümmert sich also um die beim Berufseinstieg am stärksten gefährdeten Jugendlichen. Unsere Sorge war eine mehrfache, ich nenne hier zwei Sorgen, die uns beschäftigten:

Der Bund hatte die Kantone ab 2008 bis 2015 bei der Einführung des Case Managements Berufsbildung mit insgesamt 35 Millionen Franken unterstützt. Allein der Kanton Zürich profitierte in dieser Zeit von 6,1 Millionen Franken. Im Gegenzug verpflichteten sich die Kantone, auch der Kanton Zürich, zur Verstetigung dieses Angebotes. Der Kanton Zürich tat sich aber schwer mit dieser Verstetigung, obwohl die Kantone seit 2016 das Case Management Berufsbildung allein verantworteten. Noch 2014 beschloss der Regierungsrat eine Befristung der entsprechenden Stellen bis Ende 2018. Erst im Januar 2018 sprach er sich dann für eine Zahl von unbefristeten Case-Management-Stellen aus. Endlich, dachten wir Grünen.

Die Nachfrage nach diesem Angebot übersteigt die vorhandenen Kapazitäten seit langem. Die wenigen Case Managements sind praktisch immer ausgebucht, das können Sie auch heute auf der Internetseite der Bildungsdirektion nachlesen. Der Regierungsrat sprach von dieser grossen Nachfrage auch in seiner Interpellationsantwort vom August 2017. Darin erwähnte er auch, dass wegen der gültigen Budgetvorgaben kein Stellenausbau für das Netz2 vorgesehen werden kann.

Das fanden wir Grünen inakzeptabel. Aus diesem Grund haben AL und Grüne letzten Herbst die KEF-Erklärung (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) «Stärkung Case Management Berufsbildung, Netz2» eingereicht. Wir forderten damals zwei zusätzliche Case-Management-Stellen. Damals begründeten wir diese mit den auf uns zukommenden geburtenstarken Jahrgängen auf der Sekundarstufe II. Heute könnten wir wohl auch noch auf die uns drohende zunehmende Jugendarbeitslosigkeit hinweisen.

Wie Sie alle wissen, wurde diese KEF-Erklärung an der vergangenen Budgetdebatte an den Regierungsrat überwiesen. Und am 1. April 2020, also vor wenigen Wochen, hat uns der Regierungsrat dann auch mitgeteilt, dass er bereit ist, diese KEF-Erklärung umzusetzen. Sehr erfreulich, sagen wir Grünen, und wir danken dafür.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Die KEF-Erklärung wurde überwiesen, daher könnte man sagen: Der Mist ist geführt und es lohnt sich nicht mehr, über die Interpellation zu sprechen. Trotzdem muss ich das aus einigen Gründen tun:

Netz2 richtet sich an Jugendliche, welche sich bereits in der Berufsbildung befinden und dort am Scheitern sind oder den Einstieg nach der Berufsbildung in den Beruf nicht schaffen. Gefährdete Jugendliche werden bereits in der Volksschule durch verschiedene Mentoring-Programme begleitet, zum Beispiel LIFT, Ithaka, Impulsis. Auch findet an den Sekundarschulen ein viel intensiverer, seriöserer Berufswahlprozess statt, als das früher der Fall war. Statt nun einfach für Netz2 mehr Mittel zu fordern, wie das die Interpellantinnen oder die KEF-Erklärung gemacht haben, drängen sich ein paar weitere Fragen in den Vordergrund, nämlich: Sind die getroffenen Massnahmen während der Volksschule, obwohl mehr und teurer als früher, wirkungslos für später? Falls nicht, weil ja effektiv viele gefährdete Jugendliche eine Lehrstelle beginnen: Was führt denn dazu, dass die Lehren weniger erfolgreich verlaufen und die entsprechenden Jugendlichen offenbar in einer Situation oder in einem Zustand sind, in dem sie trotz eines freundlichen Lehrstellenmarktes und trotz eines freundlichen Umfelds weniger Möglichkeiten finden?

Wenn wir in der regierungsrätlichen Antwort zu dieser Interpellation lesen, dass Netz2 künftig stärker mit der SVA (*Sozialversicherungsanstalt*) zusammenarbeiten möchte, um – Zitat – «den Trend der Zunahme junger IV-Fälle zu brechen», so lässt dies auf viele Fälle schliessen, in denen die psychische Gesundheit der Betroffenen einen erfolgreichen Lehrabschluss verhindert. Da kenne ich persönlich ein paar Fälle. Und bei allen Fällen, die ich in diesem Zusammenhang kenne, ist Cannabis im Spiel. Ich bitte Sie, nennen Sie den Teufel beim Namen – die Droge ist die Ursache Nummer 1 –, statt hier die hohle Hand zu machen.

Ratspräsident Roman Schmid: Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass wir versuchen, die Anzahl Sprecherinnen und Sprecher (*die sich zu einem Traktandum noch äussern wollen*) rechts des Vizepräsidenten manuell (*mit an einem Holzständer angebrachten Zahlen*) darzustellen. Es handelt sich nicht um die Traktandennummer, sondern die Anzahl noch Sprechender.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Das Case Management Berufsbildung, CMBB, ist ein wichtiges strukturiertes Verfahren, um adäquate Massnahmen für Jugendliche sicherzustellen, deren Einstieg in die Berufswelt stark gefährdet ist. Gemäss Homepage des Amtes für Jugend und Berufsberatung wird das Angebot so umschrieben: Jugendliche und junge Erwachsene mit einer Mehrfachproblematik werden durch das Case Management Netz2 unterstützt, mit dem Ziel, eine Ausbildung – EFZ (*Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis*), EBA (*Eidgenössisches Berufsattest*) oder Maturität – abzuschliessen. Netz2 verknüpft die bestehenden Fachstellen, Angebote und Akteure. Dabei gehen diese systematisch vor und erarbeiten gemeinsam mit den Jugendlichen und den Fachpersonen Ziele und Massnahmen. Diese werden regelmässig überprüft, bis das Hauptziel erreicht ist: der Berufs- oder Mittelschulabschluss. Netz2 nimmt üblicherweise die Fallführung während der ganzen Dauer der Unterstützung wahr.

Wir von der SP sind selbstverständlich sehr froh, dass der Regierungsrat eine gewisse Anzahl Stellen für das Case Management Berufsbildung am 18. Januar

2018 unbefristet bewilligt hat. Nichtsdestotrotz haben die Bildungsinformationszentren (*BIZ*) immer noch gewisse Aufnahmestopps. Die Kapazitäten können die effektive Nachfrage noch immer nicht befriedigen. Natürlich gelten momentan andere Bedingungen, denn aufgrund der Corona-Pandemie können persönliche Beratungen in den *BIZ*, *KJZ* (*Kinder- und Jugendhilfezentren*) und Geschäftsstellen des Amtes für Jugend und Berufsberatung nur unter Einhaltung von besonderen Schutzmassnahmen stattfinden. Doch auch bereits vor Covid 19 (*Corona-Pandemie*) waren jeweils nicht überall Kapazitäten vorhanden. Zurzeit sind in folgenden Bildungsinformationszentren, *BIZ*, keine Aufnahmen möglich: In den *BIZ* der Bezirke Hinwil, Meilen, Pfäffikon, Uster, in den Bezirken Affoltern und Dietikon, im Bezirk Bülach und im Bezirk Dielsdorf.

Für uns als SP ist also auch klar, dass Überlegungen zur Erweiterung der Ressourcen gemacht werden müssen angesichts des grossen Potenzials des Angebotes und der Belege, dass dieses sich längerfristig für die Jugendlichen, für die Wirtschaft wie auch für die Gesellschaft auszahlen wird. Im Sozialbericht des Kantons Zürich 2017 ist zu lesen, dass über die ganze Zeitperiode von 2005 bis 2016 beobachtet werden konnte, dass die Entwicklung bei den jungen Erwachsenen positiv verlief. Wichtige Erfolgsfaktoren dürften dabei der grundsätzlich gut funktionierende Arbeitsmarkt und die Bemühungen der öffentlichen Hand sein, die jungen Erwachsenen über Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme sowie durch gezielte Programme, wie eben zum Beispiel das Case Management Berufsbildung Netz2 in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Wichtig ist also, dass genau solche Möglichkeiten, wie das CMBB Netz2 allen Jugendlichen zur Verfügung stehen, welche diese Unterstützung brauchen. Danke.

Alexander Jäger (FDP, Zürich): Vielen Dank meinen Kolleginnen für diese Interpellation und dem Regierungsrat für die Antwort. Wir haben es gehört, es ist bereits eine KEF-Erklärung überwiesen worden, die auch der Umsetzung harrt. Trotzdem ist es wichtig, dass man sich kurz einmal ein bisschen Gedanken über das Case Management macht: Das Case Management ist eine Methode, deren Mehrwert man bis heute nicht beweisen kann. Dennoch – und das glaube ich auch – kann eine Begleitung für betroffene Personen einen Mehrwert darstellen, der sich auch langfristig finanziell ausbezahlt. Wenn nun aber Fallanmeldungen einzig aufgrund der Kapazitäten aufgenommen werden, kommt das einer «First-come-first-serve»-Politik ähnlich, und dies ist sicher nicht sinnvoll. Bei den Stellen, die nun aber besetzt werden sollten, muss man nachfragen: Ist das überhaupt notwendig, dass man die Stellen in der Verwaltung besetzt? Oder könnte die Nachfrage auch wieder einmal zurückgehen, und dann wäre es vielleicht eine Möglichkeit, diese Stellen durch externe Partner zu besetzen respektive das Case Management an externe Partner herauszugeben und durch sie durchführen zu lassen?

Katrin Cometta-Müller (GLP, Winterthur): Eine abgeschlossene Ausbildung ist eine wichtige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes, ökonomisch selbstständiges Leben. Nicht alle jungen Erwachsenen schaffen dies aus eigener Kraft, und

das Case Management hilft Menschen mit Mehrfachproblematiken, eine Ausbildung auf Stufe Sek II zu erreichen. Matthias Hauser macht es sich ein bisschen einfach, wenn er dies allein auf Cannabis zurückführt. Es ist eine Tatsache, dass psychische Beeinträchtigungen verschiedene Gründe haben und dass sie bei jungen Erwachsenen zunehmend sind.

Das Netz2 mit seiner umfassenden und stufenübergreifenden Arbeitsweise ist ein wirksames Angebot. Das ist gut für die jungen Menschen, die damit eine Perspektive erhalten. Und dass diese jungen Menschen den Einstieg in das Berufsleben schaffen, ist nicht nur auf individueller Ebene wichtig, sondern es ist zentral für die Kohäsion der Gesellschaft. Und es ist unbestritten, das Case Management Berufsbildung zeigt auch positive volkswirtschaftliche Wirkungen und führt so langfristig zu Kosteneinsparungen. Und deshalb haben die Grünliberalen an der letzten Budgetdebatte auch die KEF-Erklärung zur Stärkung des Case Managements unterstützt.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Es ist schlichtweg skandalös, dass der Kanton Zürich aus finanziellen Gründen auf den Ausbau des Case Managements in der Berufsbildung verzichtet. Wie oft wird hier in diesem Kanton das hohe Lied der dualen Bildung gesungen. Auch die Alternative Liste setzt sich für das duale Bildungssystem ein. Für uns ist es aber kein Lippenbekenntnis, sondern wir setzen uns dafür ein, dass es unterschiedliche Unterstützungsmöglichkeiten gibt, sodass möglichst wenige Jugendliche durch die Maschen fallen. Wir haben als Gesellschaft die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass möglichst viele Jugendliche den Berufseinstieg schaffen, auch Jugendliche mit Startschwierigkeiten und anderen Schwierigkeiten. Dafür müssen wir alles Mögliche tun, auch wenn es etwas kostet. Es sollte eigentlich eine Binsenwahrheit sein, dass es sich für die Gesellschaft auszahlt, wenn möglichst viele Jugendliche und junge Erwachsene eine Berufsausbildung erfolgreich abschliessen können. Doch was macht der Kanton Zürich? Er schränkt das Angebot aus Spargründen ein und hat dazu eine Ampelfunktion entwickelt, um die Nachfrage auf tiefem Niveau zu halten. Der Kanton Zürich fährt die Strategie, es sollten doch die anderen zahlen, etwa die SVA des Kantons Zürich. Das ist einfach unverantwortlich.

Wie wir von Karin Fehr gehört haben, ist das Case Management Berufsbildung Netz2 sehr erfolgreich bei der Unterstützung von Jugendlichen während ihrer Berufsausbildung. Eine einzige zusätzliche Stelle beim Case Management führt zu einer hohen Erfolgsquote. Die Nachfrage von Jugendlichen nach diesem Angebot ist grösser als das Angebot. Das Case Management oder Netz2, wie es im Kanton Zürich heisst, kommt Jugendlichen und jungen Erwachsene zugute, die nicht auf der Sonnenseite der Gesellschaft stehen. Leider hat die vergangene Budgetdebatte wieder einmal gezeigt, dass eine Mehrheit in diesem Rat lieber dem Schwarze-Zahlen-Fetischismus huldigt, denn an realen, kleinen gesellschaftlichen Verbesserungen interessiert ist. Die Ablehnung des Budgetantrags und damit die Ablehnung einer Stellenaufstockung beim Case Management – und zwar wäre es für dieses Jahr gewesen – war und ist meiner Meinung nach sehr kurzsichtig. Schluss-

endlich profitieren wir alle davon, wenn gutausgebildete Jugendliche ins Berufsleben eintreten können. Sie sind es, die unsere Gesellschaft später weiterbringen. Immerhin hat damals eine Mehrheit des Rates unsere KEF-Erklärung unterstützt. Und was mich besonders freut: Der Regierungsrat ist jetzt bereit, die beantragte Aufstockung um zwei Stellen beim Case Management auch umzusetzen. Besten Dank.

Ratspräsident Roman Schmid: Das Wort wird nicht mehr gewünscht. Die Interpellantin hat ihre Erklärung zur Antwort des Regierungsrates abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.